

Zeitschrift: Das Schweizerische Rote Kreuz
Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz
Band: 93 (1984)
Heft: 2

Artikel: Perspektiven der Sozialpolitik für das Jahr 2000
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-975470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven der Sozialpolitik für das Jahr 2000

Steckt unsere Sozialpolitik in einer Krise? Wie sollen die künftigen Probleme angegangen werden? Diesen Fragen ging eine Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik nach, die am 11. November 1983 in Bern stattfand und an der Fachleute ihre Ideen über die Alters-, Jugend-, Gesundheits-, Arbeitspolitik und die Wechselwirkungen zwischen Infrastruktur und Sozialpolitik darlegten.

Alt Bundesrat Prof. H. P. Tschudi hielt das Eingangsreferat. Er erklärte, die Grundgedanken des Rechtsstaates und des Sozialstaates müssten sich durchdringen. Ziel sei die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins, freie Entwicklung der Persönlichkeit, Förderung und Schutz der Familie, Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen mit freier Berufswahl, Ausgleich besonderer Belastungen durch Hilfe zur Selbsthilfe. Eine leistungsfähige Wirtschaft sei Voraussetzung, die dazu nötigen Mittel bereitzustellen.

Der Kritik an der gegenwärtigen Sozialpolitik – die den einen zu eng, den andern zu large ist – hielt der Redner entgegen, dass noch gewisse Lücken zu schliessen und Verbesserungen anzubringen seien, dass andererseits die Soziallasten nicht dermassen steigen dürfen, dass die Arbeitsfreude oder die Wettbewerbsfähigkeit leiden (sie seien allerdings in der Schweiz viel niedriger als in andern Ländern). Grundsätzliche Kritik werde oft aus dem Ausland bezogen und passe nicht immer auf unsere Verhältnisse; die Rückkehr zur individuellen Fürsorge müsste schliesslich wieder zur Armenfürsorge führen.

Prof. Tschudi sieht einen Ausbau der Sozialleistungen vor allem in folgenden Gebieten:

- bessere Abstufung bei der Bemessung der Invalidenrenten
- gezielter Ausbau der Ergänzungsleistungen
- flexiblere AHV-Altersgrenze
- Mutterschaftsversicherung
- Förderung der Ausbildung

Allgemein sei das Schwergewicht mehr auf Vorbeugung als auf finanzielle Korrekturen im Nachhinein zu legen. Da ökonomische und ökologische Faktoren den weiteren Ausbau bremsen werden, ist es um so wichtiger, die bestehenden Einrichtungen effizient und demokratisch zu gestalten und anzuwenden, unter Mitwirkung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bürgernah, ohne Bürokratismus und Bevormundung. Besonderes Gewicht ist künftig auf die Verhütung von Schäden und die Hilfe zur Selbsthilfe zu legen. Schliesslich ist die Sozialpolitik in die das ganze Leben umfassende Umweltpolitik einzubetten.

Alterspolitik

«Die Alterspolitik muss erreichen, dass bis zum Jahre 2000 die Betagten, die gegenüber früher einen grossen Prestigeverlust erlitten haben, wieder als vollwertige, geachtete Glieder ihren Platz in der Gesellschaft zurückgewinnen», forderte Dr. P. Binswanger, Direktionspräsident von Pro Senectute. Der gegenwärtige Prestigeverlust hat viele Gründe: das Leistungsdenken, der Jugendkult, die – inzwischen widerlegte – wissenschaftliche These, dass mit 25 bis 30 Jahren die körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten abzunehmen beginnen, die Probleme mit der Umwelt, der Atomkraft, für welche die ältere Generation verantwortlich gemacht wird, die Kosten, welche die Überalterung der Volkswirtschaft verursacht, endlich die Jugendarbeitslosigkeit.

Zur Erreichung des Zieles braucht es weniger politische Massnahmen als Aufklärung. Sowohl die Alten wie die Jungen haben ein falsches Bild voneinander. Zum Beispiel sind in Schullesebüchern noch allzu oft die Alten in einer Sicht gezeigt, die zwar nicht diskriminierend ist, aber den heutigen Situationen in keiner Weise mehr entspricht.

Information und Anleitung zur Verhütung von Alterskrankheiten oder ihr Hinausschieben ist Teil der Alterspolitik – sie muss aber schon bei den

Jungen beginnen. Eine gute Alterspolitik vermeidet sodann sowohl Bevorzugung als Benachteiligung der Betagten. Weniger beifällig wurde der Gedanke aufgenommen, dass die Bekämpfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht dringlich sei, da wegen des Geburtenrückgangs vielleicht schon bald Mangel an Arbeitskräften herrschen werde. Schon jetzt sollten die im Erfahrungsschatz der Betagten liegenden Werte besser genutzt werden, gleichzeitig würde das deren Selbstwertgefühl steigern.

Jugendpolitik

Herr G. O. Segond, Vorsitzender der bundesrätlichen Kommission für Jugendfragen, setzte sich temperamentvoll und witzig für die Jugend ein – nicht für eine Jugendpolitik, denn die Jungen brauchten nicht neue Gesetze, Massnahmen, öffentliche Dienste und Beamte. Was die Jungen nötig haben und verlangen, ist eine Atmosphäre, in der Phantasie, Bewegung, Leben nicht als Bedrohung empfunden werden. Eine Quelle vieler Schwierigkeiten bei Kindern und Eltern ist die Schule mit ihrem starren System, ihrer Hierarchie, ihrer einseitigen Ausrichtung auf Schulwissen, Fachwissen, wo es wichtiger wäre, Zusammenhänge zu verstehen. Die höhere Ausbildung dauert zu lange, sie sollte zugunsten einer fortlaufenden Weiterbildung gekürzt werden. Ein Mangel ist auch, dass in der Schule der Umgang mit den neuen Medien (Video, Sprachlabor, Computer usw.) nicht gelehrt wird. Die Jungen haben keine Angst vor der Technik und sind fähig, sie in Dienst zu nehmen.

Die Jugendlichen verweigern nicht die Arbeit, aber sie ist ihnen nicht Religion, sie wollen nicht das Leben um die Arbeit herum organisieren; so gehen in Genf ein Drittel nur teilzeitlich einer Arbeit nach. Bei einer Umfrage stand die Qualität der Berufsarbeit an erster, Lohn und Sicherheit an letzter Stelle der fünf Kriterien.

Ein grosses Problem ist die Wohnungsnot. Es fehlt an bescheidenen, einfachen Wohnungen, wie sie in alten Quartieren noch gefunden werden konnten, aber immer mehr teuren, perfektionistischen Renovationen zum Opfer fallen. Auf dem Gebiet Sport kommen die Jugendlichen nicht zu kurz. Der Referent macht aber auf eine Entwicklung aufmerksam, die in

den Vereinen bekämpft werden sollte: Es wird immer mehr Individual- und Spitzensport getrieben, während vielmehr der Mannschaftssport und die Ausdauer gepflegt werden sollten.

Im Gegensatz zum Sport hapert es bei der Kulturförderung ganz erheblich. Kulturelle Veranstaltungen klassischer Art werden bevorzugt, zum Beispiel werden Opernaufführungen subventioniert, aber ein Rock-Konzert nicht. Es braucht auch gar nicht immer nur Geld, um das Kulturleben der Jungen zu unterstützen, man kann Schulhäuser oder Zivilschutzanlagen öffnen, wo sie ihrer Musik fröhnen können.

Kurz, man sollte mit den Jungen zusammenarbeiten und für alle Fragen «Blue-Jeans-Lösungen» suchen: solid, praktisch und nicht zu teuer.

Die Behörden sollten es nicht den Jungen überlassen, neue Ideen herzubringen.

Was könnte morgen anders sein?

Von fiktiven Zukunfts-Situationen ging die *Vertreterin der Prognos AG, Basel, Frau Dr. Rita Baur*, aus:

- die Universität auf dem Lande
- Schulhäuser, wo nicht mehr nur Kinder unterrichtet werden
- die «Grauen Panter» wehren sich gegen elektronische Informations-Technologie

Drei Beispiele aus vielen, die alle zusammenhängen. Die Welle des Zustroms in die Städte hat umgeschlagen in den Zug von der Agglomeration weg aufs Land. Auch die Bereitschaft, grosse Strecken zum Beispiel für den Studien- oder Arbeitspendelverkehr zurückzulegen, hat abgenommen. Sesshaftigkeit wird wieder als Wert angesehen, Leben auf dem Lande bekommt im Hinblick auf die Lärm-, Schmutz- und Stressbelastung in den Städten einen neuen Stellenwert. Die bessere Infrastruktur in kleinen Gemeinden, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Dezentralisierung der Arbeitswelt geht damit Hand in Hand und dürfte eine geographisch gleichmässige Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitsstätten bewirken. Diese Tendenz wird verstärkt durch die moderne Kommunikationstechnologie, die ja erlaubt, zu Hause zu lernen, zu Hause dem Beruf nachzugehen, von zu Hause aus einzukaufen, Betagte oder Kranke von ferne zu überwachen.



Jugendliche verweigern nicht die Arbeit, aber sie ist ihnen nicht Religion, und sie möchten etwas Sinnvolles tun.

In einer solchen Welt verarmt jedoch der persönliche Kontakt, und Kinder erleben keine Kinderwelt mehr. Alte Menschen, welche diese Technologie nicht beherrschen, werden abhängig, überhaupt werden die weniger Begabten, Flexiblen, Vifen noch mehr ins Hintertreffen kommen, und es besteht die Gefahr, dass sich eine Kluft zwischen Informierten und Nichtinformierten öffnet, die demokratische Mitbestimmung in Frage stellt.

Die Zukunft der Arbeit

Dr. Rudolf Walther, Wissenschaftlicher Berater bei Brains, Frankfurt, stellte fest, dass die Arbeitslosigkeit im Westen plötzlich alles in Frage stellt: Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Ziel und Zweck der Arbeit; Gefahren und Folgen für die innere und äussere Natur treten ins Bewusstsein – die Probleme gehen alle an und müssen von allen diskutiert werden. Die ökologische Krise und die Krise der Arbeit selber zwingen zum Umdenken, zur Einsicht beispielsweise, dass nicht jede mögliche Arbeit getan, nicht jedes Produkt erzeugt werden soll, dass durch Qualitätserhöhung Aufwand gespart werden kann, dass körperliche Entlastung des Arbeiters psychische Mehrbelastung zur Folge haben kann.

Wichtig ist, den Stellenwert der Lohnarbeit einzuschränken bzw. andere Leistungen wie die Haus- und Erzie-

hungsarbeit der Mütter aufzuwerten. Um neue Lösungen zu finden, bedarf es utopischen Denkens und eines hohen Bildungsstandes (darin muss investiert werden) sowie der Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Gesundheitspolitik

An einer Tagung über Sozialpolitik darf ein Beitrag zum Gesundheitswesen nicht fehlen. Der Titel des Referates von *Dr. Alfred J. Gebert* «KMSG ist noch nicht Gesundheitspolitik» machte klar, dass es nicht nur um eine «bessere» Versicherung gehen kann. Das Publikum wolle die heute zur Verfügung stehende Medizin, meinte der Redner. Gesundheit stehe in Umfragen betreffend die wesentlichsten Güter meist an erster Stelle, werde als Vorbedingung für den Genuss aller anderen Güter angesehen. Deshalb könne das bestehende System nicht geändert werden, und es werde zwangsläufig zu weiteren Kostensteigerungen kommen. Man brauche aber vor dieser Entwicklung nicht zu resignieren. Allerdings sind heute höhere Ausgaben nötig, um in einer fernerer Zukunft Einsparungen erzielen zu können. Vor allem sind krankheitsfördernde Faktoren möglichst kausal anzugehen. Leider wurde seinerzeit der Vorschlag eines Präventivgesetzes von den Kantonen abgelehnt. Nicht vorhandene Gesundheitspolitik ist teuer!